

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Teilunionen führen nicht zur Vollintegration!: Ein europäisches Gespräch über die Agrarunion

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1953) : Teilunionen führen nicht zur Vollintegration!: Ein europäisches Gespräch über die Agrarunion, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 4, pp. 211-216

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131698>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Teilunionen führen nicht zur Vollintegration!

Ein europäisches Gespräch über die Agrarunion

Paris: Marktvereinheitlichung oder Marktorganisation

Paris, den 13. April
Die europäische Agrarunionskonferenz, die in Paris vom 16. bis 20. März stattfand, wurde von der französischen Öffentlichkeit so gut wie nicht beachtet. Selbst große Tageszeitungen widmeten ihr nur wenige Zeilen und veröffentlichten nicht einmal den Text ihrer Schlußentscheidungen. Das hinderte allerdings die daran interessierten Wirtschaftskreise nicht, den Gedanken der Agrarunion eifrig zu diskutieren, in ablehnendem oder unterstützendem Sinne. Dabei lassen sich eine Reihe grundlegender Meinungsverschiedenheiten erkennen.

Der erste Gegensatz, der wie ein roter Faden durch die ganze Diskussion hindurchgeht und die weitere Einstellung zu der Entwicklung entsprechend beeinflußt, betrifft das Ziel der geplanten Agrarunion. Ursprünglich empfahl gerade der französische Plan die Marktvereinheitlichung als Voraussetzung für eine engere europäische Zusammenarbeit. Im Landwirtschaftsministerium wurde jedoch schon vor Beginn der Vorkonferenz im März 1952 der Urheber des Planes, Pflimlin, durch Laurens abgelöst. Der neue Minister stellte die Organisation der landwirtschaftlichen Märkte in den Vordergrund. Während die Marktvereinheitlichung vor allen Dingen die Rationalisierung der Bauernbetriebe, eine sinnvolle Arbeitsteilung, eine größtmögliche Spezialisierung und ein gemeinsames europäisches Produktionsprogramm anstrebt, legt die Marktorganisation das Schwergewicht auf die Absatzsicherung unter Garantierung von Mindestpreisen. Die Marktvereinheitlichung führt zur automatischen, wenn auch nur schrittweisen Ausschaltung nicht leistungsfähiger Erzeuger, die Marktorganisation soll nicht zuletzt die Lebensfähigkeit der weniger leistungsfähigen Betriebe sichern. Der Entschließungsantrag, der von

der französischen Delegation auf der Pariser Konferenz im März 1953 eingereicht wurde, stellte die Marktorganisation eindeutig in den Vordergrund und enthielt nicht einmal den Begriff der Marktvereinheitlichung, der auf italienischen und holländischen Antrag in der Konferenz als weiteres Ziel aufgegeben wurde. Der französische Entwurf forderte unter anderem die Sicherung der Absatzgebiete, die Bevorzugung der europäischen Erzeugnisse auf dem europäischen Markt gegenüber der überseeischen Konkurrenz, beides im Interesse einer größtmöglichen Stabilität der europäischen Bauernbetriebe, ferner zusätzlich die Harmonisierung der Produktionsbedingungen als Vorstufe für eine weitere, zeitlich nicht umschriebene Periode engerer Zusammenarbeit.

In französischen Kreisen entwickelte sich aus dieser Einstellung in natürlicher Weise ein Gegensatz zwischen den Interessen der Bauern und der Verbraucher. Der ersten Gruppe ist mit der Marktorganisation gedient, die zweite erwartet von der Agrarunion vor allen Dingen eine Verbilligung der Lebensmittelpreise und infolgedessen eine vorherige Rationalisierung der Produktion. Die Vertreter der Verbraucherinteressen weisen auf die Unmöglichkeit hin, die Vorbereitung der europäischen Agrarunion ausschließlich den Landwirtschaftsministern zu überlassen. Es wurde dabei mit Bedauern festgestellt, daß der französische Landwirtschaftsminister getreu die Thesen der Sprecher der Großbauern übernahm. Ähnliche Kritik richtete sich gegen die Zusammensetzung der deutschen Delegation, die nicht einmal von einem Minister geleitet wurde, sondern direkt von dem privaten Interessenvertreter der Landwirtschaft.

Eine dritte Meinungsverschiedenheit kommt über die Form und die Vollmachten der zu schaffenden

Einrichtungen zum Ausdruck. Offiziell nahm dazu die französische Delegation auf der Konferenz nur in negativer Form Stellung: sie lehnte rein konsultative Einrichtungen als ungenügend ab. Es besteht allerdings die Tendenz, eine Hohe Behörde möglichst zu vermeiden. Der französische Verband selbständiger Bauern will für die von ihm empfohlene Marktorganisation jeweils nach Produkten gegliederte Arbeitsgruppen, die je zur Hälfte aus Beamten und Berufsvertretern zusammengesetzt sind, verantwortlich machen. Ein nationaler Ministerrat würde die Tätigkeit dieser Gruppen koordinieren und mögliche Interessenkonflikte schlichten. Die Gedanken des Landwirtschaftsministers sollten mit diesem vorläufig nicht näher umschriebenen Plan übereinstimmen. Die Anhänger der Marktvereinheitlichung erachten jedoch eine Hohe Behörde für unentbehrlich, da ihrer Überzeugung nach allein eine übernationale, selbständige Einrichtung in der Lage ist, die Rationalisierung der europäischen Landwirtschaft zu verwirklichen und nicht zuletzt die Verbraucher gegenüber dem natürlichen bäuerlichen Protektionismus zu schützen.

Die Zweckmäßigkeit weiterer Teilunionen auf dem Wege der europäischen Wirtschaftsintegration wird in Frankreich von den unmittelbar an der Agrarunion interessierten Kreisen nur wenig überprüft. Die Anhänger der europäischen Idee sind weitgehend der schrittweisen, funktionellen Methode treu geblieben, nicht zuletzt weil sie nicht glauben, daß eine Gesamtunion kurzfristig zustande kommt. Sie sehen gerade in der Agrarunion eine Möglichkeit, den europäischen Wirtschaftszusammenschluß zu beschleunigen, weil diese nach ihrer Überzeugung praktisch kaum ohne gleichzeitige Währungsunion in die Tat umzusetzen ist. Sie verlangt außerdem, besonders nach Ansicht der Landwirtschaft,

den einheitlichen europäischen Markt für landwirtschaftliche Produktionsmittel (Maschinen, Düngemittel, usw.). Außerdem rechnet man mit der Schaffung einer politischen europäischen Autorität. Zusammen mit der Agrarunion, der Verteidigungsgemeinschaft und der Montanunion würde dieser politische Oberbau bereits ausreichen, um den Teilstücken eine organische Einheit zu geben.

Allein die französische Industrie nahm in jüngster Vergangenheit im Anschluß an sehr eindeutige Beschlüsse der Internationalen Handelskammer in Paris gegen weitere Teilunionen Stellung und wies auf die Gefahr einer zu starken Zersplitterung der europäischen Märkte und einer Verschärfung des damit zusammenhängenden europäischen Gruppenegoismus oder -protektionsismus hin. Die Industrie legt zudem in Anlehnung an ihre liberale Überzeugung und unterstützt von

allen liberalen Volkswirtschaftlern größten Wert auf die vorherige Verwirklichung der Konvertierbarkeit der Währungen mit anschließender Schaffung einer einheitlichen europäischen Währung, da ohne Währungsfreiheit die europäische Gemeinschaft große Gefahr laufe, zu einer bedenklichen Quelle von Wirtschafts- und Finanzkontrollen zu werden.

Nach allgemeiner französischer Ansicht traf die Pariser Landwirtschaftsministerkonferenz keinerlei grundlegende Entscheidung. Sämtliche Wege bleiben offen, sowohl derjenige der beschränkten Marktorganisation wie derjenige der Marktvereinheitlichung mit übernationaler Behörde. Die Wahl muß von den Regierungen getroffen werden, wobei man glaubt, daß allein eine Beschränkung der Agrarunion auf die sechs Länder der Montanunion eine sinnvolle Lösung gestatte. (fr.)

Benelux: Es geht ums Ganze

Den Haag, den 14. April
Bei aller möglichen Freude über das Zustandekommen der Kohle- und Stahlgemeinschaft darf man sich doch nicht verhehlen, daß es sich hier nur um einen ersten Schritt zur europäischen Integration handelt, dem notwendigerweise weitere Schritte werden folgen müssen. Der freie und gemeinsame Markt für Kohle, Stahl und Schrott birgt nämlich mehrere Risiken, vor allem das einer Umleitung des Kohle- und Stahlstroms zwischen den sechs Partnerländern. Diese Änderungen könnten neue Gleichgewichtsstörungen in der Zahlungsbilanz dieser Staaten hervorrufen, und noch ist die Frage nicht beantwortet, ob die sechs Länder diesen veränderten Güterstrom auch werden aufnehmen können, ohne daß sich ihre Zahlungsbilanzen noch weiter vom Gleichgewichtspunkt entfernen, als dies ohnehin bereits der Fall ist. Die Gefahr wäre dann recht akut, daß solche Störungen ein oder mehrere Länder zu Restriktionen in anderen Sektoren ihres Außenhandels mit den Mitgliedern oder mit außerhalb der Montanunion stehenden, aber der EZU. angehörenden Ländern zwingen würden.

Dieses dürfte wohl der schwerwiegendste Grund sein, daß Europa einer vollen Integration nachstreben sollte, statt sektorenweise vorzugehen. Teilunionen würden die Gefahr solcher Gleichgewichtsstörungen und Ausgleichsrestriktionen nur zunehmen lassen.

In gleicher Richtung wirken die monetären Probleme. Ein Einheitsmarkt setzt stabile Wechselkurse voraus. Das liegt auf der Hand, wenn man bedenkt, daß das letzte Ziel des gemeinsamen Marktes eine verfeinerte Standortorientierung nach dem Grundsatz der niedrigsten Gesteungskosten ist. Aus diesem Grunde müssen plötzliche Verschiebungen der Kostenverhältnisse aus monetären Ursachen ausgeschaltet werden. Dabei ist es die große Frage, wie und auf welchem Niveau eine Wechselkursstabilisierung — natürlich nach einer Periode der Anpassung — herbeizuführen wäre. Während der Anpassungsperiode könnte die EZU. helfend durch Kreditgewährungen eingreifen, die auf die neuen haltbaren Wechselkurse einen stabilisierenden Einfluß ausüben könnten. Es scheint empfehlenswert, diesen neuen Wechselkursen eine gewisse Flexibilität zu lassen, was wieder-

um eine koordinierte Handels- und Währungspolitik voraussetzt. Zur Herstellung solcher Wechselkurse und zur Aufrechterhaltung ihrer Stabilität wären viel größere Devisenbestände der beteiligten Staaten erforderlich, als sie gegenwärtig besitzen. Man könnte natürlich an die USA. appellieren. Weiter würde eine allgemeine Konvertibilität der Währungen mit einer Koordinierung der Dollarpolitik aller Unionsstaaten verbunden sein müssen. Ohne eine solche Koordinierung wäre die allgemeine Umtauschbarkeit der Währungen unmöglich durchzuhalten.

Alles in allem würde bei der Schaffung eines europäischen Gesamtmarktes die Beseitigung der jetzigen Zölle und Handelsbeschränkungen nicht ausreichen. Die Gefahr, daß weitere Teilunionen schließlich die Koordinierung der gesamten europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik der angeschlossenen Staaten unmöglich machen, darf nicht unterschätzt werden.

Zuletzt noch ein Wort über die sogenannten „geographischen Teilunionen“. Das klassische Beispiel solcher Unionen ist die angestrebte Beneluxunion, eine Union dreier Länder, die sich wirtschaftlich ergänzen und gegenseitig stärken können. Es ist allmählich Mode geworden, die Ergebnisse in dieser Hinsicht gering einzuschätzen. Aber es sollte nicht vergessen werden, daß hier schon viel erreicht wurde. Die Zollunion ist 1948, die sog. Vorunion am 1. Juli 1949 in Kraft getreten, und inzwischen wurden alle Kontingentierungen beseitigt. Die Niederlande schafften ihre stattlichen Subventionen ab, hoben alle Verbrauchsbeschränkungen praktisch auf und brachten ihr Geldwesen ins Gleichgewicht. In jeder Hinsicht wurde versucht, zu einer Koordinierung der nationalen Wirtschaften zu kommen.

War es nun die ursprüngliche Zielsetzung dieser „geographischen Teilunion“, den ersten Schritt einer europäischen Integration zu bilden? Das war bestimmt nicht der Fall, aber wohl wurde grundsätzlich und von Anfang an eine mögliche Ausdehnung der Beneluxunion auf andere Staaten ins Auge gefaßt. (e-)

Italien: Vollunion ist der Teilintegration vorzuziehen!

Rom, den 12. April

In den zwei Jahren, die seit der Unterzeichnung des Schumanplans vergangen sind, ist in Italien die Diskussion über die Zweckmäßigkeit von auf bestimmte Sektoren beschränkten Zusammenschlüssen und über ihre Eignung zur Schaffung des europäischen Einheitsmarktes nicht mehr abgerissen. Die Auseinandersetzung mit den Problemen ist breiter und lebhafter geworden, nachdem mit dem „pool vert“, der Agrarunion, ein Projekt zur Debatte gestellt wurde, dessen Verwirklichung dem Produktionsüberschuß der italienischen Landwirtschaft den Absatz für Erzeugnisse sichern könnte, für die — wie für Südf Früchte, für Gemüse, einige Obstarten, vor allem Tafeltrauben, für Wein, für Reis, für Kokonseide und Hanf — nicht die Gefahr eines übermächtigen Wettbewerbes besteht, mit dem Italien für die Fertigwaren seiner Eisenindustrie innerhalb der Montanunion immerhin rechnen muß. In Italien hat die Abwägung der Chancen und Möglichkeiten zu einer ungewöhnlich einhelligen Stellungnahme geführt, in der sich Regierung, Verbände der Privatwirtschaft, Produktion und Handel und nicht zuletzt auch die Vertreter der Wirtschaftsforschung zusammengefunden haben. Die italienische Auffassung läßt sich ohne weiteres dahin formulieren, daß unter der Voraussetzung der zielstrebigen Einstellung auf eine Vereinigung der nationalen Märkte die horizontale Lösung durch systematische, wenn auch allmähliche Abtragung des Gefalles zwischen den heutigen Wirtschaftsgebieten allen vertikalen Teilösungen vermittels kartellartiger Zusammenschaltungen bestimmter Produktionssektoren bei weitem vorzuziehen ist. Gegen die „pools“ wird auch der Einwand gemacht, daß sie ihrer Grundlegung nach politische Wirtschaftskonstruktionen sind, daß ihnen Bedürfnis und automatischer Antrieb zur Verwaltungs- und Amterhypertrophie anhaftet, deren Kosten auf der Produktion lasten müssen, und daß sie zwangsweise der Lenkungspolitik verfallen, während im Konzept des Großmarktes

das Herauskommen aus dem Dirigismus und das Zurückfinden zur Freiheit des wirtschaftlichen Handelns und zur wirksamen Privatinitiative inbegriffen sind.

Aus solchen Überlegungen heraus hat sich Italien auf den holländischen Antrag einer Zollunion der europäischen Gemeinschaftsländer festgelegt, obgleich gerade Italien aus der immer wieder auf unbestimmte Frist vertagten Realisierung seines Zollunionvertrages mit Frankreich über die hemmenden Faktoren Bescheid weiß. Die Liberalisierung im Warenverkehr müßte nach italienischer Auffassung fortgesetzt und dann durch verpflichtende Kollektivabmachungen über einen fortschreitenden Abbau der Zollschränken ergänzt werden. Allerdings müßte Endzweck einer solchen Entwicklung der Verzicht auf jedwede Ein- und Ausfuhrkontrolle sein, was nicht bloß die Freigabe der Zahlungsabwicklung, sondern auch ihre fortdauernde Sicherung zur Voraussetzung hätte. Die Einrichtung einer gemeinsamen Zentralbank für diesen Zweck wäre in Erwägung zu ziehen. Gelänge es, die wirtschaftlichen Grenzschränken, Zölle, Devisenbestimmungen und Kontrollen ohne Übereilung und unter Berücksichtigung der Auswirkungen in den einzelnen Partnerländern sukzessive abzutragen, brauchte man die eventuell auftretenden Reibungen nicht zu überschätzen, weil mit diesen die private Handelsinitiative fertig werden dürfte. Allerdings taucht die Frage auf, ob die Technik der Vorbereitung nicht gewinnen würde, wenn man den offiziellen Verhandlungen Absprachen von Bevollmächtigten oder Delegierten der

unmittelbar am jeweiligen Diskussionsobjekt interessierten Zweige der Privatwirtschaft, vor allem der Handels-, Industrie- und Landwirtschaftsorganisationen der einzelnen dafür in Frage kommenden Länder vorangehen ließe.

Andererseits soll die Stellungnahme Italiens für eine europäische Wirtschaftsintegration auf der Grundlage von Zollunionsabmachungen noch keine prinzipielle Ablehnung von Projekten bedeuten, die eine Vergemeinschaftung nach Sektoren erstreben. Nach italienischer Ansicht müßten solche Pläne den Einbezug einer möglichst großen Zahl von Ländern und der größtmöglichen Zahl von Produkten vorsehen. Auf diesen Standpunkt hat sich Italien auch im Falle der Agrarunion gestellt, so daß es den Antrag auf Hereinnahme aller jener Erzeugnisse gestellt hat, auf deren Absatz in anderen Ländern seine eigene Landwirtschaft angewiesen ist (Produkte des Gartenbaues, Trockenobst, Wein, Reis, Seide, Hanf, Tabak und in Würsten verarbeitetes Fleisch). Innerhalb einer Union, die auf die Teilnehmerländer der Montanunion beschränkt bliebe, wäre Italien allerdings in fast allen diesen Erzeugnissen hauptsächlich, in einzelnen sogar ausschließliches Produktionsland. Vielleicht sollte der Eindruck einer besonderen Begünstigung dadurch vermieden werden, daß italienischerseits mehrfach auf die Einbeziehung Spaniens in die Agrarunion hingewiesen wurde. Demgegenüber vertritt allerdings Italien den Standpunkt, daß alle Produkte berücksichtigt werden müßten, deren Aufnahme in das Unionsstatut die einzelnen Teilnehmerländer beantragen. (Cr.)

Skandinavien: Geteilte Interessen

Stockholm, den 13. April

Die prinzipielle Bereitschaft und das stets zu beobachtende Interesse an einer jeden irgendwie Erfolge versprechenden internationalen, in diesem Falle speziell europäischen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß in den skandinavischen Ländern das Projekt einer europäischen Agrarunion vorläufig,

zumal nach den Ergebnissen der letzten Verhandlungen in Paris, mit aller nur gebotenen Reserve beurteilt wird. Der „Schuman-Plan“ für die europäische Landwirtschaft wird sowohl in seinen Konturen als auch der denkbaren materiellen Ausgestaltung gegenwärtig noch als viel zu vage und „in zu weiter Ferne liegend“ bezeichnet, als daß auch nur eines der skandinavischen

schen Länder schon einen festen Standort beziehen könnte. Diese freibleibende Haltung gegenüber dem „grünen Pool“, die keineswegs jedoch als eine Ablehnung der europäischen Integration aufzufassen ist, erhält noch dadurch eine interessante Note, daß auf der letzten Pariser Konferenz Dänemark und Norwegen durch größere, offizielle Delegationen, Schweden aber nur durch „Beobachter“ vertreten gewesen sind. Ein anderer, die vorläufige Zurückhaltung erklärender Gesichtspunkt ist der, daß Skandinavien aus eigener Erfahrung nur zu gut weiß, daß der Weg von der Projektierung einer Idee bis zu ihrer Realisierung sehr, sehr lang zu sein pflegt: die Beispiele der Oslo-Konvention aus der Vorkriegszeit sowie der bis auf weiteres erst einmal ad acta gelegte Gedanke der nordeuropäischen Zollunion aus der neueren Zeit mahnen zur Vorsicht.

Der zunächst mehr nach dem Negativen tendierende „Standort“ Skandinaviens zur Frage einer europäischen Agrarunion hat aber auch ausgeprägt materielle Hintergründe. Am leichtesten und einfachsten läßt sich Norwegens Position umreißen, das in bezug auf tierische Veredelungsprodukte im großen und ganzen Selbstversorger und nur in Brotgetreide von gewissen Auslandsbezügen abhängig ist. Ein nennenswertes Exportinteresse für rein landwirtschaftliche Erzeugnisse hat Norwegen nicht. Obwohl ein gemeinsamer europäischer Agrarmarkt die Wettbewerbsfähigkeit der norwegischen Landwirtschaft bedrohen könnte, hat sich vor den Pariser Verhandlungen in Kreisen der norwegischen Regierung ein „stärkeres Interesse“ geltend gemacht, dessen weitere Entwicklung aber ganz von der eventuellen Konstruktion einer Teilunion für die europäische Landwirtschaft abhängen dürfte.

In Dänemark und Schweden sind die materiellen Voraussetzungen für die Beteiligung an einer Agrarunion völlig anders gelagert. Eini-germaßen bezeichnend dürfte sein, daß bei der Diskussion vor etwa zwei Jahren über die nordeuropäische Zollunion die Begeisterung der schwedischen Landwirtschaft für

dieses Projekt nicht sonderlich groß gewesen ist. Die Abneigung kam zur Hauptsache aus dem landwirtschaftlichen Sektor der tierischen Veredelungswirtschaft. Hier hat Dänemark seit Jahrzehnten eine derart starke Position, daß es den beiden anderen skandinavischen Ländern im Wettbewerb weit überlegen sein würde. Hieraus erklärt sich teilweise im übrigen die seit gut einem Jahrzehnt praktizierte Agrarpolitik Schwedens mit dem Merkmal der Subventionierung der Lebensmittelerzeugung, die nichts anderes als den Schutz gegen den ausländischen Wettbewerb zur Sicherstellung der Rentabilität bedeutet. In der Brotgetreideversorgung ist Schweden seit langem von der Einfuhr praktisch unabhängig, wohingegen die Produktion tierischer Veredelungserzeugnisse neben der Versorgung des eigenen Marktes von einer allerdings nicht sonderlich großen „Exporthypothek“ belastet wird, deren Einordnung in einen landwirtschaftlichen Pool so ganz einfach nicht sein dürfte.

Seit etwa ein bis zwei Jahren hat sich in der schwedischen Landwirtschaft nun aber in der Überhöhung der Kosten ein Faktor immer mehr Geltung verschafft, der stark gegen eine Beteiligung an der europäischen Agrarunion spricht, zumindest jedoch sie sehr schwierig gestalten müßte. Obwohl es sich dabei um eine auch in anderen europäischen Ländern zu beobachtende Erscheinung handelt, ist sie für Schweden deshalb von größerer Bedeutung, weil die Kosten vergleichsweise mehr als anderswo gestiegen sind und weil sich ferner die Kostensteigerung ausschließlich auf die Löhne bezieht. Es ist interessant, daß bei früheren Diskussionen über die Montanunion eine Beteiligung Schwedens allein wegen der vergleichsweise höheren Löhne als unmöglich angesehen worden ist. Wenn auch das Gerede von einem „Sozial-“ oder „Lohn-Dumping“ bestimmter westeuropäischer Länder der Sache nach falsch ist, so bleibt doch bestehen, daß die gegenwärtige Kostensituation der schwedischen Wirtschaft, im besonderen auch im Bereich der agrarischen Produktion, die an und

für sich vielleicht vorhandene Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit auf europäischer Ebene — möglicherweise nur vorübergehend — stark beeinträchtigt.

Unter den skandinavischen Ländern wäre Dänemark für eine europäische Agrarunion der idealste Partner, entfallen doch nicht weniger als annähernd 60 % seiner gesamten Ausfuhr auf tierische Veredelungserzeugnisse. In der gleichen Weise spricht der Gesichtspunkt der Kosten- und Wettbewerbsbedingungen nur für den Anschluß an die Union. Die auch nach der Qualität hin betont starke Produktionslage der dänischen Veredelungswirtschaft hat jedoch im Absatz eine bedenkliche Kehrseite. Denn Dänemark wird seine Beteiligung an einem „grünen Pool“ und muß sie grundsätzlich immer davon abhängig machen, daß der Absatz der Überschussproduktion in so weitgehendem Umfange als nur irgend möglich sichergestellt bleibt. Jede dänische Teilnahme ist also nur unter der Voraussetzung denkbar, daß sich die wichtigen Abnehmer entweder der Union ebenfalls anschließen oder aber auch der Export nach außerhalb stehenden Ländern keine ernsthafte Beeinträchtigung erfährt. Alle anderen Lösungen wären für Dänemark untragbar.

Es sei abschließend aber nochmals nachdrücklich betont, daß der ganze Fragenkomplex einer europäischen Agrarunion in den skandinavischen Ländern über das Stadium der vorbereitenden Diskussion bisher nicht hinausgekommen ist, besser nicht hinauskommen konnte, weil noch niemand weiß, welche Länder sich an der Union überhaupt zu beteiligen gedenken und welche Gruppen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen sie umfassen wird. In diesem letzteren Zusammenhänge ist beispielsweise für Norwegen am meisten, für Dänemark und Schweden weniger die eventuelle Einbeziehung der Fischerei von besonderem Interesse. Erst wenn alle diese Fragen geklärt sein werden, wird sich die Position der skandinavischen Länder zum Projekt einer europäischen Agrarunion genauer beurteilen lassen. (dt.)

Angleichung der Volkswirtschaften schafft den Europa-Markt

In Kontinentaleuropa setzt sich immer stärker die Erkenntnis durch, daß eine weitere Ausweitung der europäischen Produktion und damit die Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus nur auf der Grundlage eines freien europäischen Güterausstausches und einer ungehinderten Arbeitsteilung möglich ist. Man ist sich ferner darüber klar geworden, daß eine Verwirklichung dieses Zieles die Preisgabe von nationalen Wirtschaftssystemen voraussetzt, die einseitig auf eine Politik der Konjunkturstützung mit Hilfe autonomer Geldpolitik abgestellt sind. Die entscheidende Alternative der weltwirtschaftlichen Entwicklung, vor die sich Europa heute gestellt sieht, lautet: Entweder Vorrang der Produktion, die durch nationale Mittel wie Devisenzwangswirtschaft, Einfuhrkontingente und Zölle um jeden Preis hochgehalten wird, auch wenn ihre Kosten weit über dem Weltmarktniveau liegen, oder Vorrang des Außenhandels und der Arbeitsteilung, als deren Folge sich dann hohe Produktion und hoher Beschäftigungsstand einstellen.

Wenn auch erfreulicherweise über die Notwendigkeit einer immer engeren Verflechtung der nationalen Volkswirtschaften Europas heute kaum noch wesentliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, so gehen doch die Auffassungen über die zweckmäßigste Methode zur Erreichung dieses Zieles teilweise noch erheblich auseinander. Dies gilt insbesondere für die Frage, ob die europäische Integration auf umfassendem Wege oder durch die Schaffung europäischer Märkte für Teilgebiete der Wirtschaft, also durch Teilunionen, angestrebt werden soll.

In der europäischen Diskussion stehen heute fünf Formen der Europa-Integration im Vordergrund, die sich um die Liberalisierung, die EZU., die Zollunion, den Schumanplan und den Plan zur Schaffung einer Agrarunion gruppieren. Daß daneben auch bereits der Gedanke einer europäischen Verkehrs- und Energieunion erörtert wird, sei lediglich in Parenthese vermerkt.

Über die Liberalisierung und die EZU. läßt sich insofern bereits heute ein, wenn auch vielleicht nur vorläufiges, Urteil fällen, als sich beide Instrumente in den fünf Jahren ihres Bestehens trotz mancher Rückschläge im großen und ganzen bewährt haben. Die Politik der Liberalisierung stellt heute eines der stärksten Fundamente der europäischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete dar. Durch die Befreiung weiter Teile des europäischen Handels von mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen hat sie zu einer erheblichen Ausweitung des innereuropäischen Güterausstausches und überdies zu einer seit langem nicht mehr gekannten Freizügigkeit im Europahandel geführt. Ohne die ausgleichende Funktion der OEEC. hätte die durch Zahlungsbilanzschwierigkeiten hervorgerufene Notlage einzelner Länder zwangsläufig Retorsionsmaßnahmen ausgelöst und damit eine Schrumpfung des Europahandels zur Folge gehabt.

Ebenso wie die Liberalisierung hat auch die EZU. wesentlich zur Steigerung des innereuropäischen Gütervolumens beigetragen. Dadurch, daß auch der Sterlingraum und die abhängigen Gebiete der europäischen Mutterländer in dieses Verrechnungssystem einbezogen sind, strahlt die EZU. ihre Wirkung auch in die überseeischen Räume aus. Gerade die Entwicklung des deutschen Außenhandels mit dem EZU.-Raum in den letzten beiden Jahren hat gezeigt, in wie hohem Maße das multilaterale Zahlungssystem der EZU. die Wahrnehmung von Exportmöglichkeiten gestattet, die im bilateralen Verkehr an der Ausrichtung des Handelsvolumens nach der Kaufkraft des schwächeren Partners hätten scheitern müssen.

Als ein weiteres Glied in der Kette der europäischen Integrationsversuche ist der holländische Vorschlag zur Schaffung einer partiellen Zollunion zwischen den Staaten des Schumanplans zu nennen, nachdem die Bemühungen um die Errichtung einer europäischen Zollunion bereits seit längerer Zeit

festgefahren sind. Der Gedanke einer europäischen Zollunion als ein Mittel zur Erreichung stabiler und gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse in Europa geht auf das Jahr 1947 zurück, als in Brüssel dreizehn Staaten die Studiengruppe für die europäische Zollunion gründeten. Wachsende Schwierigkeiten haben aber die Arbeiten dieser Studiengruppe immer mehr auf die technische Seite verlagert. Es hat sich insbesondere gezeigt, daß mit dem Abbau der Zollschränken ein völliger Abbau aller noch bestehenden mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen verbunden sein muß und daß überdies eine völlige Beseitigung der Zölle nur möglich ist, wenn es gelingt, auch die Handels-, Sozial- und Steuerpolitik der einzelnen Staaten zu koordinieren. Im Grundsatz wird man zwar den holländischen Vorschlag begrüßen, gleichzeitig aber vor einer übereilten Verwirklichung warnen müssen. Was zunächst erreichbar erscheint, ist ein allmählicher Abbau des europäischen Zollniveaus auf der Basis des französischen Pflimlin-Planes, der eine 30%ige Zollsenkung innerhalb von 3 Jahren vorsieht.

Mit der Errichtung des gemeinsamen Marktes zunächst für Kohle, Erz und Schrott im Rahmen der Montanunion ist erstmals der Weg der funktionalen Integration beschritten worden. Sie stellt eine Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf Teilgebieten dar, die sich mit der Übertragung nationaler Hoheitsrechte auf eine internationale Behörde verbindet. Es erscheint noch verfrüht, eine Prognose darüber zu stellen, ob die Montanunion die ihr zugeordnete Aufgabe erfüllen kann und ob die wiederholt geäußerten Befürchtungen hinsichtlich einer Verewigung des Dirigismus gegenstandslos sind. Bei aller Anerkennung der politischen Bedeutung des Schumanplans muß man sich allerdings über eines klar sein: Im Gegensatz zur Liberalisierung handelt es sich bei der Montanunion zunächst nicht um eine europäische Integration auf rein marktwirtschaftlicher und wettbewerblicher Grundlage. Wenn dies so wäre, könnte auf eine inter-

nationale Apparatur, wie sie mit der Hohen Behörde geschaffen wurde, verzichtet werden.

Die nächste Stufe der europäischen Integration nach der Kohle- und Stahlgemeinschaft soll den Plänen des Europarates zufolge die zunächst auf Weizen, Wein, Zucker und Molkereiprodukte beschränkte Agrargemeinschaft werden. Zwecks Steigerung der Produktivität der europäischen Landwirtschaft soll sich also der Montanunion eine Agrarunion anschließen und so durch eine allmähliche Kumulierung funktionaler Integrations-Instanzen die Schaffung eines freien europäischen Marktes erreicht werden. Dieser Weg erscheint gerade für die westdeutsche Wirtschaft, die für die in Frage kommenden Agrarerzeugnisse fast ausschließlich ein Absatzgebiet ohne eigenen Export darstellt, aus außenwirtschaftlichen und insbesondere exportpolitischen Erwägungen nicht unbedenklich. Der deutschen Handelspolitik, die auf dem Grundsatz „do ut des“ beruht, würde jede Grundlage entzogen, wenn die Konsumkraft des deutschen Marktes insbesondere auf dem Agrarsektor als handelspolitisches Instrument ausfallen würde. Die Herauslösung wesentlicher Teile des Agrarsektors müßte zwangsläufig dazu führen, daß sich die deutschen Einfuhrkonzessionen weit stärker als bisher auf den industriellen Sektor konzentrieren, was dazu führen würde, daß die von einer solchen Entwicklung betroffenen Industriezweige auch ihrerseits Teilunionen anstreben müßten.

Die Bedeutung dieser Frage für die westdeutsche Wirtschaft geht daraus hervor, daß die Einfuhr der Agrarerzeugnisse, die nach dem letzten Stand der Erörterungen möglicherweise in eine Agrarunion einbezogen würden, etwa 30 % der deutschen Gesamteinfuhr bzw. fast 80 % der Einfuhr von Gütern der Ernährungswirtschaft ausmacht.

Auch in den Kreisen der europäischen Ernährungswirtschaft erkennt man immer mehr die Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung eines freien Agrarmarktes entgegenstellen. Eine Parallele zur Montanunion läßt sich vor allem deshalb nicht finden, weil zur Land-

wirtschaft Millionen klein- und mittelbäuerlicher Betriebe mit großen Unterschieden produktionsmäßiger, wirtschaftlicher, sozialer, technischer und steuerlicher Art gehören, während die Montanunion nur eine geringe Zahl großindustrieller Unternehmen umfaßt. Es ist bemerkenswert, daß erst kürzlich auch der französische Verband der Landwirte auf diese Gesichtspunkte besonders hingewiesen hat und eine Hohe Behörde für den Agrarbereich angesichts des Überwiegens der kleinen Betriebe in der Landwirtschaft, der großen Sensibilität der Agrarmärkte und der Langsamkeit der Entwicklung

der Agrarproduktion abgelehnt hat. Bei einer kritischen Würdigung dieser Bedenken kommt man zu dem Ergebnis, daß die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes eher erreicht werden kann auf dem Wege der Angleichung der nationalen Volkswirtschaften Europas durch eine Fortsetzung und Vervollkommnung der Arbeiten der OEEC. als durch wirtschaftliche Teilunionen. So gesehen, ist der kürzlich vom Ministerrat der OEEC. einstimmig gefaßte Beschluß, der sich für eine Verlängerung der EZU. und eine Fortführung der Liberalisierungspolitik ausspricht, sehr zu begrüßen. (E. M.)

Amerikanische Freundschaft und europäische Nachbarschaft

Der Prestigeerfolg, den der Bundeskanzler zweifellos bei seinem offiziellen Besuch in den USA. erreicht hat, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die brennenden europäischen Fragen ihrer Lösung nicht nähergekommen sind. In Frankreich haben die innenpolitischen Gewinne der Bundesrepublik eine besorgte Aufmerksamkeit ausgelöst, die der politischen und wirtschaftlichen Integrierung Europas nicht besonders dienlich sein dürfte. Und nun wissen wir zwar genau, daß Frankreich in allen Deutschland betreffenden Fragen übersensibel ist, aber mit dieser Übersensibilität muß eben in allen europäischen Beziehungen gerechnet werden. Aber auch die USA. müssen letztlich die französischen Resentiments in ihrer Europapolitik berücksichtigen, denn ohne Frankreich und mit einem reservierten England ist eine Europapolitik genau so undenkbar wie ohne Deutschland, zu dem übrigens auch die Ostzone gehört. Wir dürfen über der amerikanischen Freundschaft niemals unsere europäischen Nachbarn vergessen. Wir sollten nie müde werden, mit diesen eine Verständigungsbasis zu suchen, die psychologisch die Widerstände ausräumt, die durch unsere hektische Aktivität immer wieder verschärft werden.

Wenn man auch der sowjetischen Konsolidierungspolitik noch mißtraut, so hofft man doch, eine gewisse Atempause gewonnen zu haben, die es ermöglicht, die Verteidigungsziele besser als bisher in Einklang mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bringen zu können. Wir sollten jetzt wohl also auch die Zeit erübrigen können, unser Verhältnis mit unseren europäischen Partnern zu bereinigen, wenn nicht einmal die forcierte Europapolitik der USA. dahinführen soll, die Vereinigung Europas auf lange Sicht unmöglich zu machen. Es ist natürlich nur berechtigt, der Friedensoffensive des Kreml skeptisch gegenüberzustehen, aber man sollte auch alles tun, um sie objektiv auf ihre Echtheit zu überprüfen. Es kann jedenfalls nur peinlich wirken, wenn in der westlichen Presse mit kindischer Sorge darauf hingewiesen wird, daß eine Wirtschaftsbaiss und Kursstürze drohen könnten, wenn sich dieses Friedensoffensive als echt erweisen sollte. Es wäre eine dankbare Aufgabe für die westlichen Politiker, die Beendigung des „kalten Krieges“ zu Wohlstandssteigerungen auszuwerten und den Menschen die lauernde Angst vor Not, Elend und Krieg zu nehmen.

Eine Konsolidierung der Sowjetpolitik könnte für uns die Möglichkeit einer Wiedervereinigung in etwas greifbarere Nähe rücken. Die persönliche Meinung eines Rundfunkkommentators ging kürzlich einmal dahin, daß es wenig Sinn habe, die Forderung nach Wiedervereinigung immer wieder aufzustellen, wenn man nicht einen konkreten Weg dafür habe. Meine persönliche Meinung geht dahin, daß wir gar nichts weiter tun können, als diese Forderung immer wieder laut aufzustellen. Konkrete Wege hierfür können nur von denen gefunden werden, die für diese Großmachtspolitik verantwortlich waren. Aber es könnte sein, daß man es für überflüssig hält, dafür konkrete Wege zu suchen, wenn wir diese Forderung nicht laut genug aufstellen. Im Rahmen der Europapolitik haben wir die Möglichkeit, diese Forderung zur Geltung zu bringen. (sk)